

Martin Friedenberger

Fiskalische Ausplünderung

Die Berliner Steuer- und Finanzverwaltung
und die jüdische Bevölkerung 1933–1945

Inhalt

Vorwort	9
I. Einleitung	11
1. Untersuchungsgegenstand und Quellenlage	15
2. Forschungssituation	27
3. Leitfragen dieser Arbeit	36
II. „Machtergreifung“ und Finanzverwaltung	45
1. Die Ausgangslage: Die Finanzverwaltung 1933	45
2. Die Bekämpfung der politischen Opposition	52
3. Das Finanzamt Moabit-West und die Enteignung der frühen Emigranten ..	56
III. Ausplünderung der Flüchtlinge: Die Reichsfluchtsteuer	67
1. Entstehungsgeschichte und rechtliche Entwicklung	67
2. Die Einrichtung von Reichsfluchtsteuerstellen	79
3. Die Vorwegnahme der Reichsfluchtsteuer – der Sicherheitsbescheid	84
4. Das Überwachungsnetz der Berliner Steuerfahndung	95
5. Die legale Auswanderung und die Praxis der Unbedenklichkeitsbescheinigungen	111
6. Steuersteckbrief und Strafverfolgung	121
IV. Verhinderung des Vermögenstransfers der jüdischen Auswanderer: Die Berliner Devisenstelle und die Zollverwaltung	129
1. Einführung und Entwicklung der Devisenzwangsbewirtschaftung	129
2. Die Kontrolle des Post- und Reiseverkehrs	141
3. Devisenprüfungen bei jüdischen Firmen	149
V. Maßnahmen auf dem Gebiet der konventionellen Steuern	157
1. Das Steueranpassungsgesetz von 1934 und antisemitische Planspiele im Reichsfinanzministerium	157
2. Änderungen im Einkommensteuerrecht und die Haltung der Berliner Steuerverwaltung	164
3. Die steuerliche Liquidierung der jüdischen Vereine und Organisationen ..	178

VI. Novemberpogrom und Judenvermögensabgabe	197
1. Die Beauftragung der Finanzverwaltung	197
2. Die Durchführungsverordnung vom 21. November 1938	205
3. Die Erhebungspraxis der Berliner Finanzämter	221
4. Das Vermögen der ausgewanderten deutschen Juden	237
VII. Enteignung und Massenausbürgerung	245
1. Von der politischen Strafexpatriation zur fiskalisch motivierten Ausbürgerung	245
2. Ausbürgerung und Judenvermögensabgabe	257
3. Ernst Fraenkels <i>Juva</i> -Akte	262
VIII. Kollektive Enteignung der ausgewanderten und der deportierten deutschen Juden: Die Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz	267
1. Vom Ausbürgerungsverfahren zur fiskalischen „Endlösung“	267
2. Der Deportationserlass der Finanzverwaltung – Einziehung oder Verfall des Vermögens?	273
3. Die Gründung der Berliner Vermögensverwertungsstelle	285
4. Die Ausschlichtung des Hausrats der deportierten Berliner Juden	290
5. Theresienstadt – die Verdrängung des Reichsfiskus im Bereicherungswettlauf zwischen Finanzverwaltung und Reichssicherheitshauptamt	305
6. Die Abwicklung der Emigranten-Enteignungen	312
7. Der Ansturm auf den enteigneten Grundbesitz	317
8. Die Auflösung der Reichsvereinigung – Bilanz der 11. Verordnung	322
IX. Finanzbeamtentum im Dritten Reich	331
1. Die politische Disziplinierung der Finanzbeamtschaft durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums	331
2. Die Nazifizierung der Finanzverwaltung durch Fritz Reinhardt	344
3. Gehorsams- und Widerstandsformen in der Reichsfinanzverwaltung im OFP-Bezirk Berlin	359
X. Zusammenfassung und Schlussbetrachtung	367
Abkürzungsverzeichnis	391
Verzeichnis der wichtigsten verwendeten Aktenzeichen	395

Quellenverzeichnis	397
Archivalische Quellen	397
Periodika	399
Gedruckte Quellen	400
Zeitzeugenbefragungen	401
 Literaturverzeichnis	 403
Autobiografien, Memoiren, Erinnerungen, Zeitzeugenberichte	403
Literatur bis 1945	405
Literatur nach 1945	406
Artikel in Zeitungen, allgemeinen Zeitschriften usw.	419
Skripte	420
 Bildnachweis	 421
 Personenregister	 423
 Danksagung	 429